

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 08 · 21.12.2009

*Inhalt

- 02 Der Vertrag von Lissabon – neue Chancen und Herausforderungen
- 02 Kein Fall für Kommissar Oettinger
- 03 Editorial
- 04 Pläne zum Umbau der JobCenter sind verantwortungslos
- 04 Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke über die Krise
- 05 Merkel opfert Mindestlohn durch Zugeständnis an FDP
- 06 Sozialausgleich für Kopfpauschale kostet mindestens 35 Milliarden Euro

Thema Afghanistan

- 07 Kein Weiter-so in Afghanistan
- 08 Parlament untersucht Vorfall im Kundus

Thema Hochschule

- 09 Bildungsproteste ernst nehmen
- 11 30/30 von der EU für Klimaabkommen in Kopenhagen gefordert
- 12 Wachstumsverhinderungsgesetz
- 13 Bildungsangebote ausbauen statt Betreuungsgeld!
- 14 Steinbach-Streit ist Merkel-Sache
- 14 Rundfunkfreiheit stärken
- 15 Fraktion mit neuer Führung

Der Vertrag von Lissabon – neue Chancen und Herausforderungen

Am 1. Dezember ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Nach zehn Jahren schwieriger Verhandlungen erfährt die Europäische Union damit die weitreichendste Veränderung seit dem Vertrag von Maastricht von 1992. Der neue Vertrag stärkt die Rolle des Europäischen Parlaments und weitet die Bereiche der Mehrheitsentscheidungen im Rat aus, wodurch die EU gleichzeitig demokratischer und effizienter wird. Wichtig sind auch die neuen Positionen des dauerhaften Präsidenten des Europäischen Rates – das der Belgier Herman van Rompuy bekleiden wird – und der Hohen Beauftragten für die Auswärtigen Beziehungen – hierfür ist die Britin Catherine Ashton benannt.

Auch für den Deutschen Bundestag bringt das Inkrafttreten des Vertrags wichtige Änderungen. Neben der direkten Zuleitung von Gesetzgebungsvorschlägen der EU sind dabei vor allem die Subsidiaritäts*- und Verhältnismäßigkeitskontrolle und die direkten Kontrollrechte im Bereich der europäischen Justiz- und Innenpolitik hervorzuheben.

Das Bundesverfassungsgericht befand den Vertrag von Lissabon in seinem Urteil vom Juni 2009 für grundgesetzkonform, forderte aber eine stärkere Beteiligung von Bundestag und Bundesrat. Europapolitik, so die Karlsruher Richter, darf nicht allein der Exekutive überlassen werden. Denn es gab viele Bereiche der „dynamischen Vertragsentwicklung“, in denen der Vertrag die Änderung von Entscheidungsverfahren oder die Ausweitung von

Kompetenzen durch Entscheidungen des Rates ermöglicht. Für all diese Fälle bedarf es fortan eines Zustimmungsgesetzes.

Das Urteil nahmen Bundestag und Bundesrat zum Anlass, ihre innerstaatlichen Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten neu zu fassen. Die neue Begleitgesetzgebung sichert dem Bundestag umfangreiche Informations- und Mitwirkungsrechte sowohl bei der dynamischen Vertragsentwicklung, als auch für das europapolitische Alltagsgeschäft. Zum Beispiel stehen dem Bundestag und seinen Ausschüssen jetzt mündliche und schriftliche Unterrichtungen zu allen Ratssitzungen zu. Die Informationsrechte umfassen künftig auch Vorhaben im Bereich der Handelspolitik sowie geplante Abkommen mit Drittstaaten.

Das neue Gesetz sichert auch das Recht des Bundestags, der Bundesregierung Vorgaben für Verhandlungen auf EU-Ebene zu machen und sie nach der Abstimmung im Rat dafür zur Rechenschaft zu ziehen, gegebenenfalls sogar im Plenum. Angesichts der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat könnte dies ein wichtiges Instrument werden.

*Subsidiaritätsprinzip in der EU: vorrangige Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, Bundesländer und Kommunen

Kein Fall für Kommissar Oettinger

Der Spruch „Hast Du einen Opa, dann schick ihn nach Europa“ trifft auf Günther Oettinger altersmäßig noch nicht zu. Doch als überzeugter Europäer galt er bislang nicht. So war seine frühere Mitgliedschaft im rechtsgerichteten Studienzentrum Weikersheim, das den Vertrag von Lissabon ablehnt, sicher kein Empfehlungsschreiben für höhere europäische Weihen.

Die Kanzlerin und CDU-Chefin plant langfristig: Hier wird ein konservativer, verbrauchter Ministerpräsident, mit dem keine Wahl mehr zu gewinnen ist, aus dem Verkehr gezogen. Und damit dabei kein Gesichtverlust entsteht, wird er als Kommissar nach Brüssel entsorgt.

Die Öffentlichkeit wird bewusst verschaukelt, denn es wird so getan, als ob Deutschland mit dem Energieressort das große Los gezogen habe. Dabei ist es ein fast zahlloser Tiger, dem wichtige Zuständigkeiten fehlen. Ein wirklich wichtiges Ressort wäre bspw. die Bündelung von Klima und Energie.

Doch das wollte die Kanzlerin nicht. Sie hat andere Ziele im europäischen Machtgefüge. Dazu zählt die Besetzung von Positionen mit ihren Männern, wie z. B. die des Generalsekretärs für den Europäischen Auswärtigen Dienst. Und dafür gibt sie sich auch mit einem kleinen einflusslosen Ressort zufrieden.

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir blicken kraftvoll und entschlossen auf das neue Jahr. Unsere Fraktion ist personell neu und gut aufgestellt und mit den Klausuren im Januar werden wir ein starkes inhaltliches Signal als größte Oppositionskraft senden.

Wir hatten einen Parteitag, der sich kritisch und ehrlich, aber auch konstruktiv mit der Niederlage und den daraus zu ziehenden Schlüssen auseinandergesetzt hat. Den Diskussionsprozess, der in Dresden begonnen hat, werden wir in den kommenden Monaten fortsetzen. Doch vor allem werden wir als schlagkräftige Oppositionspartei gefragt sein. Der katastrophale Fehlstart der schwarz-gelben Regierung macht uns unentbehrlich.

Schwarz-Gelb hat keinen Plan zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Sie haben kein Konzept zur Sicherung von Arbeitsplätzen und kein Herz für die Nöte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Jetzt wird deutlich, was wir im Wahlkampf schon immer gesagt haben. Alle wirksamen Maßnahmen der Großen Koalition gegen die Wirtschaftskrise waren Vorschläge der SPD.

Nichts ist Schwarz-Gelb bisher geglückt: Eine Koalitionsvereinbarung, in der nichts vereinbart ist. Eine Regierungserklärung, die nichts erklärt. Streit der Koalitionspartner über nahezu jede wichtige Frage – Arbeitsmarkt und Finanzen, Gesundheitspolitik, Kinderbetreuung und Bildung. Und jede Menge Ärger für Minister zu Guttenberg und die Kanzlerin um den Untersuchungsausschuss zum Militäreinsatz in Kundus.

Dazu ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das eigentlich Schuldenaufbauprogramm heißen müsste. Hier führt die neue Regierung bewusst neue Subventionen und Privilegien ein und gefährdet damit die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen. Letztere müssen mit zusätzlichen Ausfällen in Höhe von 8,5 Milliarden rechnen. Eine solche Politik stellt die Zukunftsinvestitionen in Deutschland aufs Spiel.

Skandalös sind ebenfalls die Pläne der neuen Arbeitsministerin zum Thema JobCenter. Ausgerechnet in der Krise die Betreuung der Arbeitslosen aus einer Hand faktisch aufzugeben, gegen Kritik auch der CDU-geführten Länder, ist ein unglaublicher Vorgang.

Die anhaltende Schwäche und Entscheidungslosigkeit der Regierung haben uns als SPD-Fraktion schnell in die Rolle der sichtbaren Opposition versetzt. Die Defizite und Fehler der Regierung werden wir auch im kommenden Jahr klar benennen und sozialdemokratische Gegenentwürfe anbieten. Wir machen uns zum Ziel, jeden Tag die Regierung übernehmen und verantwortlich führen zu können. Der konzeptionellen Arbeit werden wir deshalb viel Kraft widmen. Gerade weil Frau Merkels Truppe so dilettantisch und kopflos agiert.

Euch allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr.



Frank-Walter Steinmeier

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Pläne zum Umbau der JobCenter sind verantwortungslos

Bis Ende 2010 muss die Bundesregierung eine Neuorganisation der JobCenter umsetzen. Das ist die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts. Die Zeit drängt, gerade angesichts der sich abzeichnenden schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt im kommenden Jahr. Die Zeit drängt auch, weil der in der vergangenen Legislaturperiode ausgehandelte Kompromiss zwischen Bundesregierung und Bundesländern von der Unionsfraktion in letzter Minute torpediert wurde.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wir brauchen eine dauerhaft tragfähige und verfassungsrechtlich saubere Lösung für die Betreuung und Förderung von Langzeitarbeitslosen. Gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit darf es keine Chaotisierung auf dem Arbeitsmarkt geben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen eigenen Gesetzentwurf zur Neuorganisation der JobCenter eingebracht, der auf dem Kompromiss der vergangenen Legislaturperiode beruht und eine Grundgesetzänderung umfasst. Nach diesem Vorschlag behalten Arbeitsuchende auch in Zukunft eine zentrale Anlaufstelle und es bleibt bei der Betreuung und Gewährung von Hilfen und Leistungen aus einer Hand.

Schwarz-Gelb hingegen setzt auf getrennte Aufgabenwahrnehmung. Dadurch würde eine extrem umständliche Verwaltungsstruktur aufgebaut, die unnötig Arbeitsaufwand und Mehrkosten für den Bund von jährlich 450 Millionen Euro und für die kommunalen Träger von 350 Millionen Euro verursacht. Diese zusätzlichen 800 Millionen Euro kommen nicht bei den betroffenen Hilfeempfängern an, sondern würden alleine für ein Mehr an Bürokratie aufgewendet. Die Betreuung für Langzeitarbeitslose würde umständlicher und schlechter.

Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke über die Krise

Damit die Wirtschaftskrise im kommenden Jahr nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, bedarf es auch weiterhin flexibler Arbeitsmarktinstrumente. Die geförderte Altersteilzeit hat sich als Beschäftigungsbrücke für Jung und Alt bewährt und sollte deshalb über das Jahresende hinaus verlängert werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat die SPD-Bundestagsfraktion in den Bundestag eingebracht.

Die Wirtschaftskrise hat weltweit zu einem – teilweise dramatischen – Anstieg von Arbeitslosigkeit geführt. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich demgegenüber als vergleichsweise robust erwiesen. Bei zwei Gruppen ist das Risiko trotzdem besonders groß, in Zeiten konjunktureller Schwäche arbeitslos zu werden: Ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren. Es ist deshalb falsch, gerade zum jetzigen Zeitpunkt die geförderte Altersteilzeit auslaufen zu lassen.

Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt in dem Gesetzentwurf vor, die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit um fünf Jahre zu verlängern. Ältere Beschäftigte könnten weiterhin mit Erreichung des 55. Lebensjahres ihre Arbeitszeit mindern und damit die Einstellung eines sonst Arbeitslosen ermöglichen. Für Unternehmen würde ein Anreiz geschaffen, an Beschäftigungsverhältnissen mit Älteren festzuhalten und gleichzeitig jungen Nachwuchskräften eine Perspektive am Arbeitsmarkt zu bieten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich dem Vorschlag verweigert.

Merkel opfert Mindestlohn durch Zugeständnis an FDP

Die Tarifpartner in der Entsorgungsbranche und Gebäudereinigung sind sich einig: Mit einem Mindestlohn sollen die Löhne durch tarifliche Standards nach unten hin abgesichert und damit Lohndumping verhindert werden. Darauf hatten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften bereits im Sommer 2009 verständigt. Nun droht der Mindestlohn an der schwarz-gelben Koalition zu scheitern. Auch für die Weiterbildungs- und möglicherweise die Pflegebranche sieht es schlecht aus.

Vor der Bundestagswahl hatten Bundeskanzlerin Merkel und die Union versprochen, dass es bei den vereinbarten Mindestlöhnen bleibt. Der Mindestlohn für die Abfallbranche gehört zu diesen vereinbarten Mindestlöhnen. Noch im August 2009 hatte sich der Tarifausschuss im Bundesarbeitsministerium für die Lohnuntergrenze der Abfall- und Entsorgungsbranche ausgesprochen. Der Mindestlohntarifvertrag, der eine Höhe von 8,02 Euro vorsieht, müsste nun nur noch laut den gültigen gesetzlichen Bestimmungen von Bundesarbeitsministerin von der Leyen per Verordnung für allgemeinverbindlich erklärt werden. Das hat Bundeswirtschaftsminister Brüderle mit einem Veto im Koalitionsausschuss am 1. Dezember verhindert.

Den Wahlversprechen der Union zum Trotz gefährdet Schwarz-Gelb die Mindestlöhne. Im Koalitionsvertrag der Regierung ist ein doppeltes Veto zum Mindestlohn festgelegt: Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen kann durch ein Veto der Arbeitgeber (Mehrheitserfordernis im Tarifausschuss) und der FDP (Kabinettsvorbehalt) ausgebremst werden. Insgesamt sollen die im Rahmen des Arbeitnehmerentsendegesetzes eingeführten Mindestlöhne bis Oktober 2011 evaluiert werden. Damit stehen sie zur Disposition.

Die Entscheidung für einen Mindestlohn in der Entsorgungsbranche wurde in großem Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften getroffen. Auch der Tarifausschuss, der paritätisch mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern besetzt ist und der nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz anzuhören war, hat dem Mindestlohn einstimmig zugestimmt und damit den Weg für die entsprechende Verordnung frei gemacht. Dass die FDP nun dieses vereinbarte Verfahren per Veto torpedieren kann, ist eine Provokation für den Tarifausschuss, der sich in langen Verhand-

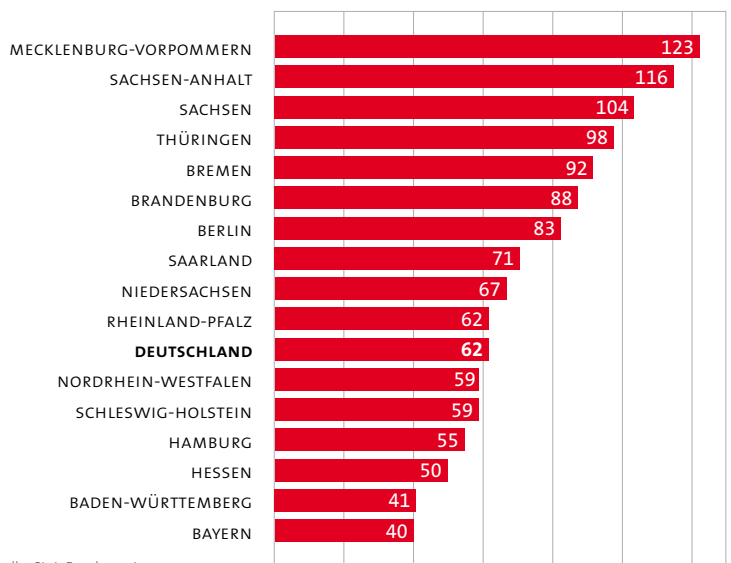
lungen auf einen Kompromiss geeinigt hat. Die FDP tritt die Tarifhoheit mit Füßen und die Union ihr Wahlversprechen an betroffene Branchen und deren Beschäftigte in die Tonne.

Mit einer verbindlichen Lohnuntergrenze wird es zu einer Qualitätssteigerung in den Branchen kommen. Mindestlöhne sind nicht nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig, sondern liegen auch im Interesse der Arbeitgeber, die faire Löhne zahlen. Niedriglöhne der Konkurrenz schwächen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Der Entsorgungsmindestlohn von 8,02 Euro soll für die gesamte Branche der Abfallwirtschaft gelten: Hierzu zählen Betriebe oder selbständige Betriebsabteilungen, die Abfälle sammeln, befördern, lagern, behandeln, verwerten, beseitigen oder öffentliche Verkehrsflächen reinigen.

Die Hoffnung dieser Beschäftigten auf Mindeststandards rückt nun vermutlich in weite Ferne. Es ist ein Schlag ins Gesicht der 160.000 Beschäftigten in der Abfallwirtschaft. Die angekündigte Vertagung auf unbestimmte Zeit droht eine Vertagung auf den Sankt Nimmerleinstag zu werden. Die Kanzlerin lässt sich von der FDP vorführen und in den Bruch eines Wahlversprechens treiben.

Arm trotz Arbeit im Jahr 2008

Von je 1.000 Beschäftigten gelten diejenigen mit weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens als armutsgefährdet.



Quelle: Stat. Bundesamt

Sozialausgleich für Kopfpauschale kostet mindestens 35 Milliarden Euro

Das Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie (IGKE) der Universität zu Köln hat sich die schwarz-gelben Pläne für den unsolidarischen Umbau der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vorgenommen. Die Wissenschaftler haben berechnet, wie hoch eine solche Kopfpauschale bei Einfrierung der Arbeitgeberbeiträge sein müsste, welchen Umfang der steuerfinanzierte Sozialausgleich hätte und welcher bürokratische Aufwand durch den schwarz-gelben Umbau für die Krankenkassen entstehen würde. Das Ergebnis: die Kopfpauschale ist ein sozial ungerechtes Milliardengrab.

In ihrem Koalitionsvertrag haben Union und FDP angekündigt, sich von der bisherigen solidarischen und gerechten Finanzierung der GKV zu verabschieden. Der Arbeitgeberanteil an den Versicherungsbeiträgen soll auf der Höhe des Status Quo eingefroren und der Anteil der Arbeitnehmer soll einkommensunabhängig gestaltet werden. Zu starke Belastungen von Geringverdienern soll ein Sozialausgleich abfedern. Wie das genau aussehen soll, soll eine Arbeitsgruppe unter Leitung des neuen Gesundheitsministers Rösler erarbeiten. Schon jetzt sorgen die Pläne für Zündstoff – auch in der schwarz-gelben Koalition.

Das IGKE geht von zwei Modellen für die Kopfpauschale aus:

MODELL 1: Jedes Mitglied der GKV bezahlt die Pauschale (die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Familienangehörigen bleibt erhalten).

MODELL 2: Alle erwachsenen Versicherten der GKV bezahlen die Pauschale inklusive der Ehepartner (nur Kinder bis 18 Jahren bleiben ausgenommen).

Auf Grundlage der Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds – für 2011 geschätzte 180 Milliarden Euro – errechnet das IGKE, dass abzüglich des Steuerzuschusses von 14 Milliarden unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils rund 88 Milliarden Euro über die Pauschale erbracht werden müssten. Die soll ja nach dem Willen von Union und FDP für die Reinigungskraft genauso hoch sein wie für den Bankdirektor. Nach Modell 1 wären es 145 Euro und nach Modell 2 125 Euro pro Monat. Diese Pauschalen müssten auch von den Rentnerinnen und Rentnern gezahlt werden.

Für den Ausgleich der Belastungen von Geringverdienern durch die Kopfpauschale geht das IGKE von einer Grenze von 8 Prozent des Einkommens aus. Nach der Einkommensverteilung in Deutschland auf Basis der Daten des Sozioökonomischen Panels des DIW wären davon 35,95 Millionen Menschen, also 71 Prozent der GKV-Mitglieder betroffen. Nach Modell 1 wären für den Sozialausgleich zusätzliche Steuermittel in Höhe von 35,66 Milliarden Euro notwendig. Nach Modell 2 wären 40 Millionen Menschen betroffen und es würden 38,66 Milliarden Euro für den Ausgleich aus Steuergeldern nötig. Dazu kämen jeweils Steuermittel in Höhe von 14 Milliarden Euro, die bereits heute bereit gestellt werden, um den Krankenkassen Ausgaben für familienpolitische Leistungen zu erstatten. Durch weitere Kostensteigerungen im Gesundheitssystem, die nach Schwarz-Gelb nun allein durch die Versicherten getragen werden müssen, erhöhen sich die Kopfpauschalen entsprechend und somit auch der Bedarf an steuerfinanziertem Sozialausgleich.

Rentner/innen, Bezieher/innen niedriger Einkommen, Studierende und Teile der Familien werden durch die Kopfpauschale mehr Lasten zu tragen haben als die, die es eigentlich schultern könnten. Wenn sie sozialen Ausgleich beantragen, haben sie auch einen großen bürokratischen Aufwand zu bewältigen. Besonders hart betroffen sind Menschen, die monatlich schwankende Einkünfte haben. Sie würden den sozialen Ausgleich erst ein Jahr später erhalten. Überhaupt kommt das IGKE zu dem Ergebnis, dass die Einführung der Prämien zu einem teuren bürokratischen Monster führt. Auch müsste ein vollkommen neues Einzugsystem aufgebaut werden.

Am Ende stellt sich die Frage, wie Schwarz-Gelb bei gleichzeitig angekündigten Steuersenkungen in Höhe von 24 Milliarden Euro pro Jahr den Sozialausgleich finanzieren will. Damit ist klar, die Einführung der einkommensunabhängigen Kopfpauschale ist nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch volkswirtschaftlich total unrentabel.

Autoren der IGKE-Berechnungen sind: K. LAUTERBACH, M. LÜNGEN, G. BÜSCHER



photothek.net / Thomas Imo

Kein Weiter-so in Afghanistan

Seit acht Jahren beteiligt sich Deutschland an der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF). Trotz vieler Fortschritte bleibt die Lage in Afghanistan äußerst instabil. Das Land braucht weiterhin die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft. Aber eins ist klar: Es darf kein Weiter-so in Afghanistan geben. In dieser Wahlperiode muss der Weg zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände mit klaren Zwischenzielen festgelegt werden. So hat es Frank-Walter Steinmeier bereits im Sommer in seinem 10-Punkte-Plan formuliert. Auch US-Präsident Obama hat seine Strategie für Afghanistan nun öffentlich gemacht. Nur die Kanzlerin und ihr Außenminister vertagen ihre Entscheidung und warten die Afghanistan-Konferenz Ende Januar 2010 in London ab. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Entschließungsantrag mit konkreten Forderungen an die schwarz-gelbe Regierung vorgelegt.

Afghanistan braucht weiterhin internationale Unterstützung

In den letzten Jahren sind in vielen Bereichen wichtige Fortschritte in Afghanistan erzielt worden. Zugleich bleibt die Sicherheitslage in vielen Landesteilen angespannt und hat sich zuletzt im Norden verschlechtert. Die Taliban, regionale Kriegsfürsten und Drogenhändler haben kein Interesse an einem Erfolg des Stabilisierungsprozesses und bekämpfen die gewählte Regierung. Aber auch die Unregelmäßigkeiten, die zur Wiederwahl Karsais geführt hat, bremsen positive gesellschaftspolitische Entwicklungen.

Ein Rückzug aus Afghanistan zum jetzigen Zeitpunkt hätte fatale Folgen für die Menschen dort, aber auch für unsere Sicherheit hier in Deutschland. Die afghanische Regierung ist noch nicht in der Lage, in allen Teilen des Landes für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist notwendig, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkriegs und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion der Fortsetzung des ISAF-Mandats mit bis zu maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten zugestimmt. Dies haben wir mit Forderungen zur Ausgestaltung des weiteren Engagements und in Bezug auf die deutsche Verhandlungsführung auf der Afghanistan-Konferenz verbunden.

Afghanistan-Konferenz jetzt vorbereiten

In unserem Entschließungsantrag haben wir zehn konkrete Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Afghanistan braucht eine klare Perspektive. Die Sicherheitsverantwortung soll nach unserer Auffassung Region für Region und Provinz für Provinz in afghanische Hände übergehen. Deshalb steht für uns die Erarbeitung eines verbindlichen Fahrplans im Vordergrund. Dieser muss anhand konkreter und zeitlich festgelegter Zwischenschritte die weitere Zusammenarbeit mit Präsident Karsai festlegen sowie Dauer und Ende des militärischen Engagements der Internationalen Gemeinschaft in Afghanistan beschreiben. Eine solche verbindliche Vereinbarung zu erreichen wird die Hauptaufgabe der internationalen Afghanistan-Konferenz im nächsten Jahr sein. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, dem Parlament ihr Konzept und ihre Verhandlungsziele vor der Konferenz vorzulegen.

SPD fordert verbindliche Vereinbarung mit Karsai

Mit der neuen Regierung in Kabul muss es einen Neuanfang geben. Zu den Anstrengungen der Internationalen Gemeinschaft müssen konkrete Gegenleistungen eingefordert werden. Dazu gehören entschlossene Schritte beim Schutz der Grundrechte, bei der Bekämpfung von Korruption, Misswirtschaft und der organisierten Drogenkriminalität. Dies sind Voraussetzungen dafür, die Lage in Afghanistan zu stabilisieren. Dazu muss die Internationale Gemeinschaft geschlossen darauf drängen, dass korrupte Beamte und Politiker aus ihren Ämtern entfernt werden. Auch die deutsche Hilfe muss, wo nötig, an strenge vertragliche Vereinbarungen gebunden werden. Als zentrale Aufgaben zur Stabilisierung Afghanistans gelten: der beschleunigte Aufbau der afghanischen Armee und der Polizeikräfte, die Sicherung der staatlichen Autorität auch außerhalb der städtischen Zentren, die Entwicklung alternativer Einkommensmöglichkeiten für die Landbevölkerung zur Zurückdrängung des Drogenanbaus, die Stärkung der Berufsausbildung sowie die Unterstützung der Versöhnungsinitiative der afghanischen Regierung zur Rückkehr von Mitläufern der Taliban in die afghanische Gesellschaft.

Obama stellt Konzept vor – Kanzlerin schweigt

US-Präsident Obama hat in seiner Rede Anfang Dezember klar gemacht, dass er eine Perspektive für die schrittweise Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung im politischen und militärischen Bereich will. Bereits im Sommer 2011 soll abhängig von der Sicherheitslage der Rückzug der US-Streitkräfte beginnen, die zunächst um 30.000 Mann aufgestockt werden. Auch Deutschland wurde wie andere europäische Partner aufgefordert, die militärischen Beiträge sichtbar zu erhöhen. Nur die Kanzlerin schweigt. Erst nach der Afghanistan-Konferenz will sie die Position der Bundesregierung festlegen. Für uns steht fest, dass der zivile Wiederaufbau Priorität haben muss. Die Diskussion sollte nicht auf die Frage von Truppenstärken verengt werden.

SPD stimmt gegen Fortsetzung von OEF am Horn von Afrika

Wir haben die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) am Horn von Afrika im Bundestag abgelehnt. Schon 2008 hatte die Bundesrepublik nach einer Initiative unseres damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier ihre Beteiligung an landgestützten OEF-Operationen beendet. Bis Oktober war die Bundesrepublik nur noch mit einem Seefernaufklärer beteiligt. Bis Dezember 2009 ist jetzt wieder eine Fregatte vor Ort im Einsatz. Immer häufiger gibt es außerdem Überschneidungen und kurzfristige „Umflaggungen“ mit der Antipiraterie-Mission ATALANTA. Es ist von daher sinnvoll, den Beitrag der Bundeswehr zu ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Afrikas zu stärken. Wir haben am 18. Februar der Fortsetzung einer deutschen Beteiligung an ATALANTA im Bundestag zugestimmt.

Parlament untersucht Vorfall im Kundus

Nach dem von der Opposition erzwungenen Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Jung am 27. November und auch mit der Korrektur der Bewertung des Luftangriffs durch seinen Nachfolger zu Guttenberg am 3. Dezember, der die Bombardierung jetzt als „nicht angemessen“ bezeichnet, sind für uns noch jede Menge Fragen offen.

Am 2. Dezember hat der Verteidigungsausschuss des Bundestages einstimmig seine Umwandlung in einen Untersuchungsausschuss beschlossen. Dieser hat sich am 16. Dezember konstituiert. Die SPD wird mit den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag einen gemeinsamen Untersuchungsauftrag erarbeiten. Untersucht werden sollen die Umstände der Bombardierung der beiden entführten Tanklaster im Kundus am 4. September, der bis zu 142 Tote und Verletzte, darunter auch viele Zivilisten, zum Opfer gefallen sind. Wir wollen vor allem wissen, wer wann was im Verteidigungsministerium und Kanzleramt von den zivilen Opfern wusste und wer nichts wusste und warum. Unklar ist, ob der Verteidigungsausschuss, dessen Sitzungen normalerweise nicht öffentlich sind, die politischen Fragen im Rahmen der Untersuchung transparent behandeln wird. Sollten die Regierungsfractionen öffentliche Sitzungen in wichtigen politischen Belangen nicht zulassen, haben wir die Möglichkeit, gemeinsam mit Grünen und Linken die Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses durchzusetzen.



picture-alliance

Bildungsproteste ernst nehmen

Seit Wochen protestieren Schülerinnen, Schüler und Studierende für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und für bessere Lernbedingungen an Schulen und Hochschulen. Zur Unterstützung der Studierenden fordert die SPD-Bundestagsfraktion einen Bund-Länder-Pakt für Studienqualität und gute Lehre sowie die Erhöhung und Weiterentwicklung des BAföG. Der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier und SPD-Parteichef Sigmar Gabriel trafen sich Anfang Dezember mit Studierenden, um sich über deren Anliegen aus erster Hand zu informieren.

Besseres Studium – mehr BAföG

Die anhaltenden Proteste der Schülerinnen, Schüler und Studierenden sind Zeichen für den Reformbedarf im deutschen Bildungssystem. Die jungen Menschen demonstrieren zu Recht für bessere Lehr- und Lernbedingungen und für mehr Chancengleichheit in der Bildung – und damit für ihr Menschenrecht auf Bildung. Das verdient Anerkennung, Respekt und Unterstützung.

Einen Schwerpunkt der Protestaktionen bildet derzeit die Situation an den Hochschulen. Die Studierenden kritisieren insbesondere die Umsetzung der großen Studienreform im Zuge des sogenannten Bologna-Prozesses sowie die in einigen unionsgeführten Ländern erhobenen Studiengebühren. Sie fordern bessere Studienbedingungen und die Erhöhung und Weiterentwicklung des BAföG.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Bund, Länder und Hochschulen stehen gemeinsam in der Verantwortung, die Forderungen der Studierenden ernst zu nehmen und auf die berechtigten

Anliegen einzugehen. Es hilft nicht weiter, wenn Verantwortung lediglich einseitig auf die jeweils andere Ebene abgeschoben wird. Gemeinsames Handeln ist gefragt – und zwar jetzt.

Pakt für Studienqualität und gute Lehre

Um die Studierenden in ihrer Forderung nach besseren Lehr- und Studienbedingungen zu unterstützen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag, dass die Bundesregierung mit den Ländern einen Studienpakt für mehr Qualität und bessere Lehre an den Hochschulen vereinbart. Der Pakt soll den bereits vereinbarten Ausbau der Studienplätze im Hochschulpaket ergänzen und den Hochschulen in den nächsten drei Jahren mindestens drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Ein solcher Studienpakt muss folgende Kernelemente umfassen:

- Bologna-Studienreform zügig nachbessern: Die Bachelor- und Master-Reformen müssen bundesweit vergleichbar überprüft werden. Ziel muss es sein, die Studierbarkeit und Mobilität im Studium zu verbessern und die Berufsbefähigung insbesondere des Bachelor-Abschlusses zu stärken. Dazu müssen die Studieninhalte überprüft und die Zahl der Prüfungen reduziert werden. Auslandsaufenthalte und Studienortwechsel müssen ohne Hürden möglich sein.
- Das Master-Studium offenhalten: Bund und Länder müssen sicherstellen, dass jeder Bachelor-Absolvent, der ein Master-Studium anstrebt, einen Studienplatz erhalten kann.

- Personaloffensive an den Hochschulen initiieren: Wir fordern ein Professoren-Ausbauprogramm und die Verstärkung des akademischen Mittelbaus. Dazu gehören ein zweites Juniorprofessoren-Programm sowie ein Förderprogramm für Frauen in der Wissenschaft.
- Qualität der Lehre verbessern: Gute Lehre muss als Profilierungsmerkmal für die Hochschulen das gleiche Gewicht haben wie gute Forschung. Deshalb fordern wir einen Wettbewerb für gute Lehre.
- Studienberatung und -betreuung ausbauen: Die Studierenden haben ein Recht auf gute Informations- und Beratungsangebote – vor und während des Studiums.
- Die Interessenvertretung der Studierenden ernst nehmen: Wir wollen eine bessere und durchsetzungstärkere Interessenvertretung der Studierenden in den Hochschulgremien.
- Die sozialen Infrastrukturen an den Hochschulen ausbauen: Wir fordern bezahlbaren studentischen Wohnraum sowie ein bedarfsdeckendes Angebot an Mensen und zentralen Betreuungseinrichtungen.

Dialog mit den Studierenden

Zahlreiche Forderungen im Studienpakt-Antrag der SPD-Bundestagsfraktion gehen auf den direkten Austausch mit den Studierenden zurück. So sind etwa die Juso-Hochschulgruppen in den Meinungsbildungsprozess der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der Fraktion kontinuierlich eingebunden. Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel führten das Gespräch Anfang Dezember auf Einladung der Juso Hochschulgruppe Berlin mit Studierenden an der Freien Universität. Einige der zentralen Forderungen auch hier: mehr Mitbestimmung für die Studierenden, mehr Wahlfreiheit im Studium, mehr BAföG, weniger Zugangshürden und ein Anspruch auf den Master-Studienplatz für alle Bachelor-Absolventen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird den Dialog mit den Studierenden in den nächsten Wochen und Monaten weiterführen.

Besseres BAföG für mehr Chancengleichheit

Ergänzend zum Studienpakt fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, rasch einen Gesetzentwurf für eine deutliche Stärkung, Ausweitung und Weiterentwicklung des BAföGs vorzulegen. Das BAföG muss oberste Priorität bleiben, um allen studierwilligen jungen Menschen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die Möglichkeit zu einem guten Studium zu geben.

Die von Bildungsministerin Schavan angekündigten Trippelschritte reichen dafür nicht aus. Die BAföG-Sätze müssen erhöht werden. Vor allem die Freibeträge müssen deutlich steigen, damit mehr junge Menschen einen Förderanspruch bekommen. Außerdem muss das BAföG besser an die Anforderungen der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge angepasst werden. Dazu gehört, dass Förderlücken zwischen Bachelor und Master geschlossen werden. Und es umfasst, dass ein Master-Studium auch nach dem 30. Lebensjahr förderfähig sein muss. Um mehr jungen Menschen die Chance zu geben, das Abitur zu erreichen, muss außerdem das Schüler-BAföG für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe deutlich erweitert werden.

Schwarz-Gelb verschärft die soziale Schieflage in der Bildung

Union und FDP setzen auf Selektion und Auslese statt auf die soziale Öffnung der Hochschulen für alle. Das von Schwarz-Gelb geplante Stipendienprogramm leistet keinen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit. Im Gegenteil: Die einzige Absicht von Union und FDP besteht darin, die Studiengebühren in den unionsregierten Ländern zu zementieren. Für die SPD steht fest: Studiengebühren sind sozial ungerecht und müssen abgeschafft werden. Und die Studierenden brauchen eine verlässliche Studienförderung, das heißt: BAföG-Garantie statt Stipendien-Lotterie.

Gleichzeitig gefährdet die neue Bundesregierung durch Steuersenkungen auf Pump die Finanzbasis von Ländern und Kommunen. Das engt die notwendigen Spielräume ein, die für den Ausbau einer guten Bildungsinfrastruktur erforderlich sind.

Union und FDP verabschieden sich von dem Gedanken, dass die Herstellung gleicher Chancen auf gute Bildung eine öffentliche Aufgabe ist. Schwarz-Gelb wälzt die Kosten für die Bildung auf die Familien ab, treibt die Privatisierung der Bildungschancen voran und verstärkt die soziale Spaltung im Bildungssystem. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die neue Bundesregierung immer wieder daran erinnern, dass Bildung ein Menschenrecht ist und daher eine öffentliche Aufgabe in gesamtstaatlicher Verantwortung bleiben muss.

30/30 von der EU für Klimaabkommen in Kopenhagen gefordert

Vom 7. bis 18. Dezember haben 15.000 Delegierte aus 190 Staaten auf der 15. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen über ein Nachfolgeabkommen ab 2013 verhandelt. Im Vorfeld hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag konkrete Forderungen an die schwarz-gelbe Bundesregierung für die Verhandlungen gestellt. Die „Klimakanzlerin“ muss endlich Taten bringen, anstatt mit schönen Worten ihre Untätigkeit zu verschleiern. Unsere Kernforderungen sind: die Zusage der europäischen Union, ihre Treibhausgasemission ohne weitere Bedingungen um 30 Prozent zu reduzieren und die Bereitstellung von 30 Milliarden Euro für die Entwicklungsländer.

Faires und umfassendes Klimaabkommen notwendig

Der Klimawandel muss jetzt gestoppt werden, um die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten. Schon jetzt sind vor allem die armen Regionen vom Klimawandel betroffen, den sie selbst nicht verursacht haben. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, in Kopenhagen dafür einzutreten, dass die Industriestaaten im Vergleich zu 1990 ihren Treibhausgasausstoß um mindestens 25 bis 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 reduzieren. Ebenso sollen die Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Emissionen bis 2020 um 15 bis 30 Prozent unter den zu erwartenden Trend senken. Die am wenigsten entwickelten Länder sind davon auszunehmen.

Nachdem auch die USA, China und Indien Angebote gemacht haben, muss jetzt die EU die positive Entwicklung vorantreiben. Sie muss deshalb unabhängig von dem was andere Länder machen, ihren Treibhausgasausstoß um 30 Prozent mindern. Deutschland muss weiterhin Vorbild sein, um glaubwürdig zu bleiben. Bis 2020 müssen hier die Emissionen um mindestens 40 Prozent gesenkt werden. Die neue Bundesregierung muss weitere Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, um die Lücke zum bestehenden Klimaschutzprogramm zu schließen. Das, was Schwarz-Gelb bisher vorlegt hat, reicht bei weitem nicht aus. Energieeffizienz und die großen Potenziale der erneuerbaren Energien im Wärmebereich müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Union und FDP handeln kontraproduktiv. Denn wenn sie die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern, gefährden sie den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Entwicklungsländer verlässlich unterstützen

Die Entwicklungsländer müssen konkrete Finanzierungszusagen von den Industriestaaten für die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen sowie für klimawandelbedingte Anpassungen (z. B. Deichbau) bekommen. Sonst werden sie keinem Klimaschutzabkommen zustimmen. Der Anteil der EU daran muss aufwachsend 30 Milliarden Euro ab 2020 betragen. Diese zusätzlichen Finanzierungshilfen dürfen nicht auf die Mittel für die grundsätzliche Entwicklungszusammenarbeit angerechnet werden. Doch genau das wollen Union und FDP. So verspielt Niebel bei den Entwicklungsländern das Vertrauen in die Zusagen der Industriestaaten.

In der Begrenzung des Klimawandels besteht die Chance zur Erneuerung und Zukunftsfähigkeit der Weltwirtschaft. Die Energiewende mit der Entwicklung neuer Technologien und die ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien sind der Schlüssel für die Arbeitsplätze der Zukunft und für Sicherheit, Wohlstand und Stabilität.

Vom Unterschied des Wissens und Handelns

Der Klimawandel ist sichtbar und wir haben uns daran gewöhnt. Wir wissen, dass Öl, Gas und Kohle zur Neige gehen. Die Umsetzung dieses Wissens in Handeln läuft aber schleppend. Denn kulturelle und grundlegende gesellschaftliche Verhaltensänderungen sind ein Lernprozess. Die Umweltpsychologie beobachtet, dass Menschen in kleinen Gruppen dieser Prozess leichter gelingt.

Entscheidend ist das Zusammengehörigkeitsgefühl. Erfolge sind direkt messbar und können sofort belohnt werden. Umgekehrt können einzelne Menschen durch ihr Vorbild leichter begeistern.

Fraktion Intern sucht positive Beispiele dafür aus Familien, Vereinen, Kommunen usw. Wir freuen uns über Eure Erfahrungsberichte und werden sie nach und nach veröffentlichen.

Wachstumsverhinderungsgesetz

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz geht die Regierung ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer ein und beweist, dass sie nicht mit Geld umgehen kann. Es befriedigt Klientelwünsche und führt neue Subventionen und Privilegien ein. Dieses Geschäft geht zu Lasten der Investitionen in Bildung und Forschung sowie unserer Kinder und Enkel, die schlechtere Kindergärten und Schulen, dafür aber mehr Schulden und Zinsen bekommen.

SPD bietet Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an

Wir fordern Angela Merkel auf, zur Vernunft zu kommen und auf unsinnige Klientelgeschenke zu verzichten. Stattdessen bieten wir einen Pakt der wirtschaftlichen Vernunft an, um die erforderlichen Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren. Wir wollen, dass der Bund jedes Jahr 10 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung investiert und dabei den Ländern bei ihren Aufgaben entgegen kommt. Wir stehen, wo es um die Zukunft Deutschlands geht, für die gesamtstaatliche Verantwortung und für die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen.

Raubzug auf Kosten der Zukunft

Wie etwa der Sachverständigenrat feststellte, finanzieren sich Steuersenkungen selbst unter günstigsten Bedingungen nur zu einem geringen Teil selbst. Vor allem die kommunalen Spitzenverbände warnen deshalb davor, dass die durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle die bereits angespannte Einnahmehasis des Staates zusätzlich schwächen. Länder und Kommunen haben so keine andere Wahl, als die Steuerausfälle durch Kürzung der Ausgaben für Investitionen, Bildung und die soziale Daseinsvorsorge zu kompensieren.

Die geplante Anhebung der Freibeträge für Kinder und des Kindergelds entspricht nach einhelliger Expertenmeinung weder den Anforderungen einer gerechten Familienförderung noch denen einer effektiven Wachstumsförderung. So werden von der deutlichen Anhebung der Freibeträge vor allem Besserverdienende profitieren. Auch die Erhöhung des Kindergelds erreicht nicht alle Familien. Um den Familien zu helfen, die dies am dringendsten brauchen, wäre deshalb eine Erhöhung der Kinderregelsätze in der Sozialhilfe erforderlich.

Die Absenkung der Umsatzsteuer für Übernachtungsleistungen in Hotels wird keinerlei positive Effekte haben, da von einer Weitergabe der Steuerermäßigung an Kunden und Beschäftigte nicht auszugehen ist.

Bei den Änderungen der Unternehmensbesteuerung geht es Schwarz-Gelb nicht um die Beseitigung krisenverschärfender Regelungen, sondern um die Rücknahme von Gegenfinanzierungsmaßnahmen für die Entlastungen bei der Unternehmensteuerreform. Die Aufweichungen bei der Zinsschranke, bei der Verlustverrechnungsbeschränkung und bei der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen vergrößern die Spielräume für Steuergestaltungen und erleichtern Gewinnverlagerungen ins Ausland.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen der Regelungen zur Unternehmensnachfolge bei der Erbschaftsteuer werfen erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf. Danach geht die vorgesehene Verkürzung der Behaltens- und Lohnsummenfristen für das Betriebsvermögen so weit, dass die Anforderungen einer am Gemeinwohl orientierten Privilegierung nicht mehr erfüllt sind. Die schwarz-gelbe Bundesregierung gefährdet damit den Bestand des Erbschaftsteuergesetzes.

Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung

Für uns ist klar: Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges. Auch nach Einschätzung der Sachverständigen bei der Anhörung des Finanzausschusses verfehlt das Gesetz das Ziel der Wachstumsstärkung. Die Hauptkritik richtet sich gegen die Absicht von Schwarz-Gelb, trotz des enormen Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte umfangreiche Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung durchzusetzen.



Bildungsangebote ausbauen statt Betreuungsgeld!

Seit Wochen ist der im Koalitionsvertrag enthaltene Vorschlag eines Betreuungsgeldes in der Diskussion. Die SPD-Bundestagsfraktion warnt davor, an falscher Stelle zu investieren und die Bildungschancen von Kindern aufs Spiel zu setzen.

Ein Vorschlag, den der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag enthält, beschäftigt seit Wochen die Medien: das Betreuungsgeld. Die neue Bundesregierung will eine Zuhausebleibprämie einführen – eine Leistung für diejenigen Eltern, deren Kinder nicht in einer Kita betreut werden. Zwischen 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro jährlich soll diese Prämie kosten. Diese stolze Summe wäre in dem Ausbau frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote viel sinnvoller angelegt. Von einem „bildungspolitischen Schildbürgerstreich“ ist bereits die Rede.

Verbände und Wissenschaftler laufen längst Sturm gegen das Betreuungsgeld. Ein offener Brief zahlreicher Organisationen von Anfang Dezember enthält deutliche Worte: Das Betreuungsgeld – ob als Barleistung oder Gutschein – sei „grundsätzlich kontraproduktiv“ und als „sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt“ abzulehnen. Die Organisationen halten zu Recht ein „flächendeckendes Angebot an Kita-Plätzen für alle Kinder sowie Angebote der Familienbildung“ für den „richtigen Schritt zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit“.

Zahlreiche internationale und nationale Untersuchungen belegen, dass Kinder vom Besuch in Kindertageseinrichtungen profitieren. Diese Einrichtungen sind wichtig für die Bildungschancen von Kindern, dort können Benachteiligungen ausgeglichen werden. Kinder wachsen immer häufiger als Einzelkinder auf – in Krippen und Kitas erlernen sie frühzeitig soziales Verhalten. Kinder aus Zuwandererfamilien erfahren hierfrüh Sprachförderung. Das Betreuungsgeld in Gutscheinen auszuzahlen, hilft daher auch nicht weiter. Außerdem wäre es diskriminierend, Gutscheine nur an benachteiligte Familien auszugeben.

Das Beispiel Thüringen zeigt, dass das 2006 eingeführte Betreuungsgeld dort negative Anreize gesetzt hat. Vor allem Familien mit geringem Einkommen haben darauf verzichtet, Kinder in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu bringen.

Schwarz-Gelb kann daher nur davor gewarnt werden, an dem Betreuungsgeld festzuhalten. Eine solche Prämie wäre eine Fehlinvestition. Wir fordern Bildungsangebote statt Betreuungsgeld!

Die für die Zuhausebleibprämie eingeplanten Haushaltsmittel sollten in Kinderbetreuungsangebote fließen. Das Tempo des Kinderbetreuungsbaus für unter Dreijährige ist noch zu langsam und muss beschleunigt werden. Bis 2013 fehlen nach jetzigem Stand noch mindestens 275.000 Plätze. Auch bei der Qualität der Kinderbetreuung bleibt noch viel zu tun. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit von Kitas, einen kleineren Betreuungsschlüssel sowie Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Langfristig wollen wir Tageseinrichtungen für Kinder zu Eltern-Kind-Zentren umgestalten.

Richtig ist der konsequente Ausbau der Infrastruktur für Familien. Damit erreichen wir mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Veränderung der Betreuungsquoten der Zwei- bis Dreijährigen in Thüringen

2006/2007 nach Einführung des Betreuungsgeldes, in Prozent

STADT ERFURT	-2,6
STADT GERA	-9,9
STADT JENA	-1,8
STADT SUHL	0,8
STADT WEIMAR	-5,4
STADT EISENACH	-16,0
EICHSFELD	-12,6
NORDHAUSEN	1,6
WARTBURGKREIS	-2,6
UNSTRUT-HAINICH-KREIS	-7,5
KYFFHÄUSERKREIS	-9,8
SCHMALKALDEN-MEININGEN	-7,4
GOTHA	-6,5
SÖMMERDA	-5,5
HILDBURGHAUSEN	-9,4
ILM-KREIS	-3,1
WEIMARER LAND	-3,8
SONNEBERG	0
SAALFELD-RUDOLSTADT	-14,2
SAALE-HOLZLAND-KREIS	-7,5
SAALE-ORLA-KREIS	-7,2
GREIZ	-5,2
ALTENBURGER LAND	-10,8

Quelle: TLS, Thüringer Kindersozialbericht des Instituts für Erziehungswissenschaft, Lehrstuhl für Sozialpädagogik und außerschulische Bildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Steinbach-Streit ist Merkel-Sache

Der Streit um Erika Steinbach und die Besetzung des Stiftungsrates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zeigt die Zerstrittenheit von Schwarz-Gelb bei wichtigen sachpolitischen Fragen.

Es ist klar: Außenminister Westerwelle muss bei seinem Nein zur Person Steinbach bleiben, um seine Glaubwürdigkeit zu bewahren und die deutsch-polnischen Beziehungen nicht dauerhaft zu belasten. Die Kanzlerin will aber das konservative Lager der Union nicht vergrätzen. Sie verzögert weiterhin jede Entscheidung für (und damit gegen Westerwelle) oder gegen Steinbach (und damit gegen das konservative Lager in der Union). Die Verantwortung liegt allein bei ihr. Merkel muss entscheiden, was ihr wichtiger ist: Ein von Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägtes Verhältnis Deutschlands zu Polen oder die Interessen der Konservativen ihrer Partei.

Dieser Streit beschädigt auch die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. In der Großen Koalition hatten sich SPD und Union darauf verständigt, „im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen“ zu setzen. Unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums soll die unselbstständige Stiftung errichtet werden. Mit jedem weiteren Tag des Streits wird ihr Zweck, zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zur Versöhnung beizutragen, fragwürdiger.

Die SPD fordert die Kanzlerin auf, den Streit zu beenden und keine dauerhafte Belastung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen zu riskieren.

Rundfunkfreiheit stärken

Der ZDF-Verwaltungsrat hat am 27. November – wie erwartet – der vom ZDF-Intendanten vorgeschlagenen Vertragsverlängerung für ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender nicht zugestimmt. Die SPD hatte die erneute Berufung Brenders unterstützt und an die ZDF-Verwaltungsratsmitglieder appelliert, die verfassungsrechtlich garantierte Rundfunkfreiheit zu achten. Dem folgten die unionsorientierten Verwaltungsratsmitglieder mehrheitlich leider nicht.

Der Vorsitzende des ZDF-Verwaltungsrates, Ministerpräsident Kurt Beck, machte deutlich, dass in der Sitzung kein stichhaltiges Argument gegen den Vorschlag des Intendanten genannt wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die parteipolitisch motivierte Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrates scharf kritisiert. Durch das Verhalten der Union werden die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Garantie der Staatsferne grundsätzlich infrage gestellt.

Am 4. Dezember haben Kurt Beck und die anderen SPD-Ministerpräsidenten konkrete Änderungsvorschläge zum ZDF-Staatsvertrag vorgelegt. Diese werden von der SPD unterstützt und von den Medien sowie zahlreichen Staats- und Verfassungsrechtlern begrüßt. Auch mit Blick auf das ZDF und die dort tätigen Journalistinnen und Journalisten ist es richtig, zunächst eine Änderung des ZDF-Staatsvertrages vorzuschlagen, bevor ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beantragt wird. Wenn alle Länder mitziehen, kann eine Vertragsänderung schneller zum Ziel und zu Rechtssicherheit führen.

Kurt Beck wird die Änderungsvorschläge zum ZDF-Staatsvertrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Rundfunkkommission der Länder am 15. Februar 2010 setzen. Der Vertrag könnte bei konstruktiven Verhandlungen bereits im nächsten Jahr geändert werden. Um den politischen Veränderungswillen der SPD zu unterstreichen und für den Fall, dass die Unionsgeführten Länder die Vertragsänderung zurückweisen, bereitet die SPD-Bundestagsfraktion ein Normenkontrollverfahren bereits vor. Dann soll der ZDF-Staatsvertrag auf seine Vereinbarkeit mit Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden. Ziel ist es, zukünftig eine sachlich begründete Entscheidung gegenüber einem inhaltlich nicht zu beanstandenden Personalvorschlag des ZDF-Intendanten auszuschließen und die Unabhängigkeit des ZDF wieder auf eine rechtlich solide Grundlage zu stellen.

Fraktion mit neuer Führung

Auch nach dem bitteren Bundestagswahlergebnis ist die SPD-Bundestagsfraktion gut aufgestellt. Ihre 146 Abgeordneten haben großen Kampfgeist und viel Überzeugungskraft und die Fraktion hat ein starkes Führungsteam. Darin ziehen erfahrene und jüngere Abgeordnete, Frauen und Männer sowie die unterschiedlichen Flügel für sozialdemokratische Positionen an einem Strang.

DER GESCHÄFTSFÜHRENDE FRAKTIONSVORSTAND

Fraktionsvorsitzender:

FRANK-WALTER STEINMEIER (Brandenburg)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

GERNOT ERLER (Baden-Württemberg): Außenpolitik, Verteidigung/Sicherheitsfragen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe, Menschenrechte

ELKE FERNER (Saarland): Gesundheit und Soziales
HUBERTUS HEIL (Niedersachsen): Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

ULRICH KELBER (Nordrhein-Westfalen): Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

JOACHIM POSS (Nordrhein-Westfalen): Haushalt und Finanzen

FLORIAN PRONOLD (Bayern): Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Forschung

OLAF SCHOLZ (Hamburg): Innen, Recht sowie Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

ANGELICA SCHWALL-DÜREN (Nordrhein-Westfalen): Angelegenheiten der Europäischen Union und Petitionen
DAGMAR ZIEGLER (Brandenburg): Familie, Frauen, Senioren, Jugend und Bildung sowie Aufbau Ost

Parlamentarische Geschäftsführer:

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer: THOMAS OPPERMANN (Niedersachsen): Grundsatzfragen der Geschäftsführung, Parlamentsdienst, Fraktionsgremien, Bund-Länder-Koordinierung, Koordinierung der parlamentarischen Abläufe, Koordinierung mit der Partei, Finanzen der Fraktion, Sprecher der Fraktion im Vermittlungsausschuss, Parlamentarisches Kontrollgremium, Parlamentsreform

Weitere Parlamentarische Geschäftsführer/innen:

PETRA ERNSTBERGER (Bayern): Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerservice, Veranstaltungen und Fachkonferenzen der Fraktion, Zielgruppenarbeit Parlament und Gremienbesetzung
IRIS GLEICKE (Thüringen): Kontakte zu Gesellschaftlichen Gruppen, Vertretung der Fraktion bei Konferenzen und Kongressen, Protokoll, Kontakt zu ehemaligen Abgeordneten, Fraktionsarchiv

UTE KUMPF (Baden-Württemberg): Personal der Fraktion, Aus- und Weiterbildung, Fraktionsbüro, Dienste für Abgeordnete, Kontakte mit der Gruppe der Abgeordnetenmitarbeiter/innen

CHRISTIAN LANGE (Baden-Württemberg): Sicherstellung der Präsenz im Plenum, Informationsmanagement/EDV, Innerer Dienst

Im Mai soll die Geschäftsverteilung so geändert werden, dass künftig drei PGF ausreichen.

Als Justiziarin der Fraktion wurde BRIGITTE ZYPRIES aus Hessen gewählt.

ERWEITERTER FRAKTIONSVORSTAND

INGRID ARNDT-BRAUER (Nordrhein-Westfalen) · RAINER ARNOLD (Baden-Württemberg) · SABINE BÄTZING (Rheinland-Pfalz) · DORIS BARNETT (Rheinland-Pfalz) · SÖREN BARTOL (Hessen) · GERD BOLLMANN (Nordrhein-Westfalen) · KLAUS BRANDNER (Nordrhein-Westfalen) · MARTIN DÖRMANN (Nordrhein-Westfalen) · SEBASTIAN EDATHY (Niedersachsen) · BETTINA HAGEDORN (Schleswig-Holstein) · CHRISTEL HUMME (Nordrhein-Westfalen) · BÄRBEL KOFLER (Bayern) · ANETTE KRAMME (Bayern) · NICOLETTE KRESSL (Baden-Württemberg) · CHRISTINE LAMBRECHT (Hessen) · GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER (Niedersachsen) · CAREN MARKS (Niedersachsen) · PETRA MERKEL (Berlin) · SASCHA RAABE (Hessen) · CAROLA REIMANN (Niedersachsen) · ERNST DIETER ROSSMANN (Schleswig-Holstein) · ANTON SCHAAF (Nordrhein-Westfalen) · BERND SCHEELEN (Nordrhein-Westfalen) · SWEN SCHULZ (Berlin) · WALTRAUD WOLFF (Sachsen-Anhalt)

Kraft seines Amtes ist auch der wiedergewählte Bundestagsvizepräsident WOLFGANG THIERSE (Berlin) Mitglied des erweiterten Fraktionsvorstandes.

DIE SPRECHERINNEN UND SPRECHER DER ARBEITSGRUPPEN

Arbeit und Soziales: ANETTE KRAMME (Bayern)

Wirtschaft und Technologie: GARRELT DUIN (Niedersachsen)

Finanzen: NICOLETTE KRESSL (Baden-Württemberg)

Haushalt: CARSTEN SCHNEIDER (Thüringen)

Bildung und Forschung: ERNST DIETER ROSSMANN (Schleswig-Holstein)

Gesundheit: KARL W. LAUTERBACH (Nordrhein-Westfalen)

Familie, Senioren, Frauen und Jugend: CAREN MARKS (Niedersachsen)

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: MATTHIAS MIERSCH (Niedersachsen)

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: UWE BECKMEYER (Bremen)

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

WILHELM PRIESMEIER (Niedersachsen)

Innen: DIETER WIEFELSPÜTZ (Nordrhein-Westfalen)

Recht: CHRISTINE LAMBRECHT (Hessen)

Außenpolitik: ROLF MÜTZENICH (Nordrhein-Westfalen)

Sicherheits- und Verteidigungspolitik: RAINER ARNOLD (Baden-Württemberg)
Angelegenheiten der Europäischen Union: AXEL SCHÄFER (Nordrhein-Westfalen)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: SASCHA RAABE (Hessen)
Menschenrechte und humanitäre Hilfe: CHRISTOPH STRÄSSER (Nordrhein-Westfalen)
Kultur und Medien: SIEGMUND EHRMANN (Nordrhein-Westfalen)
Sport: MARTIN GERSTER (Baden-Württemberg)
Tourismus: HANS-JOACHIM HACKER (Mecklenburg-Vorpommern)
Petitionen: KLAUS HAGEMANN (Rheinland-Pfalz)
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: MICHAEL HARTMANN (Rheinland-Pfalz)

DIE SPRECHERINNEN UND SPRECHER DER FRAKTIONS-INTERNEN ARBEITSGRUPPEN

Gleichstellungspolitik: DAGMAR ZIEGLER (Brandenburg)
Rechtsextremismus: SÖNKE RIX (Schleswig-Holstein)

BEAUFTRAGTE DER FRAKTION

Bahnbeauftragter: MARTIN BURKERT (Bayern)
Beauftragter für die Belange von Lesben und Schwulen: JOHANNES KAHRS (Hamburg)
Behindertenbeauftragte: SILVIA SCHMIDT
Kinderbeauftragte (Kinderkommission): MARLENE RUPPRECHT (Bayern)
Kirchenbeauftragter: SIEGMUND EHRMANN (Nordrhein-Westfalen)
Mittelstandsbeauftragter/Freie Berufe: PETER FRIEDRICH (Baden-Württemberg)
Tierschutzbeauftragter: HEINZ PAULA (Bayern)

AUSSCHUSSVORSITZENDE

Haushalt: PETRA MERKEL (Berlin)
Gesundheit: CAROLA REIMANN (Niedersachsen)
Bildung und Forschung: ULLA BURCHARDT (Nordrhein-Westfalen)
Verteidigung: SUSANNE KASTNER (Bayern)
Sport: DAGMAR FREITAG (Nordrhein-Westfalen)

STELLVERTRETENDE AUSSCHUSSVORSITZENDE

Wirtschaft: MARTIN DÖRMANN (Nordrhein-Westfalen)
Familie, Senioren, Frauen und Jugend: CHRISTEL HUMME (Nordrhein-Westfalen)
Inneres: FRANK HOFMANN (Bayern)
Auswärtiges: HANS-ULRICH KLOSE (Hamburg)
Kultur und Medien: ANGELIKA KRÜGER-LEISSNER (Brandenburg)

Weitere Informationen zu den Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion erhaltet Ihr unter www.spdfraktion.de oder aber in der Broschüre „Unsere Fraktion“, die aktualisiert im Januar 2010 vorliegen wird.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern von Fraktion Intern ein **frohes Weihnachtsfest** und einen **guten Start ins neue Jahr.**

Die nächste Ausgabe erscheint am 15. Februar 2010.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VERANTWORTLICH: PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL

TEXTE: JUTTA BIERINGER, ROBERT ERNECKER, THOMAS FRIEBEL, LEONIE GEBERS, SEBASTIAN GRÖNING-VON THÜNA, NICOLE GROSS, STEFAN HINTERMEIER, JOHANNES KOLLBECK, ANJA LINNEKUGEL, VERA NICOLAY

FOTOS UND ILLUSTRATIONEN: BILDERBOX (S.12), GRAFIKEN JUDITH MILLER (S. 5, 13), PHOTOTHEK.NET/THOMAS IMO (S. 7), PICTURE-ALLIANCE (S. 9), KLAUS VHYNALEK (TITEL)

REDAKTIONSANSCHRIFT:

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
TELEFON: 030 / 227-530 48
TELEFAX: 030 / 227-568 00
E-MAIL: REDAKTION@SPDFRAKTION.DE
INTERNET: WWW.SPDFRAKTION.DE

GRAFIK UND LAYOUT: S. VOORWINDEN / J. MILLER

DRUCK: BRAUNSCHWEIG-DRUCK

ADRESSÄNDERUNGEN UND BESTELLUNGEN VON VERÖFFENTLICHUNGEN:

TELEFON: 030 / 227-571 33
TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE
ODER DIREKT IM INTERNET